

Merseburger Correspondent.

Ercheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn-
und Feiertagen früh 7^{1/2} Uhr.
Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:
Illustriertes Sonntagsblatt, Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pf. durch den Herkunftsbringer,
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

No. 34.

Donnerstag den 10. Februar.

1898.

Der Einbruch der Parteipolitik in die Wissenschaft.

Der Kultusminister Dr. Woffe hat sich, ob
laudabiliter, kann man dahingestellt sein lassen,
unterworfen. Wenn bisher nicht in der Frage der
Anstellung von Professoren der Nationalökonomie,
so doch in derjenigen der Privatdozenten haben die
Herren v. Stumm u. Gen. ihn unter's Joch
gebeugt. In der vorigen Session war er noch nicht
ganz müde. Frh. v. Jellbig hat ihm freilich
damals schon vorgehalten, daß das Oberverwaltungs-
gericht die Ablegung eines Amtsdorsetzergesetzes
habe, weil er für eine sozialdemokratische Ver-
sammlung ein ihm gehöriges Grundstück hergegeben
hat. Diese Entscheidung sei damit begründet: die
Sozialdemokratie sei eine Partei, welche anerkannter-
maßen ihre Bestrebungen gegen die Grundlage
des ganzen Staatswesens richte und welche, wenn
andere sie es für zweckmäßig und durchführbar er-
achtet, auch zur Durchführung ihrer Pläne vor der
Anwendung von Gewalt nicht zurückstehen würde.
Frh. v. Jellbig meinte damals, wenn der höchste Gerichts-
hof sich über die Sozialdemokratie und die Zulässig-
keit einer Förderung ihrer Bestrebungen leitens auch
nur mittelbarer Beamten auszusprechen, dann sei es
unmöglich, daß Dr. Woffe Mitglied eines Lehr-
körpers einer königlichen Universität bleibe. Herr
Dr. Woffe meinte damals — es war am 4. Mai
1897 — die bloße Thatsache, daß ein Privat-
dozent, der der sozialdemokratischen Partei angehört,
Universitätsvorlesungen hält, hat etwas — ich will
einen ganz gelinden Ausdruck gebrauchen — be-
stimmendes. Gleichwohl dürfte man nicht außer
Acht lassen, worauf die Thätigkeit desselben sich be-
schränkt. Er liest — so steht es wörtlich im
biographischen Bericht — „zwei Collegien, das eine
„Anwendung der Differential- und Integralrechnung
auf physikalische und magnetische Maßmethoden“
und das andere „elektrische und magnetische Maßmethoden“
das hat er einmal 5, einmal 6, einmal 8, einmal
10 Zuhörer gehabt. Nun, meine Herren ist auch
nicht der leiseste Anhalt dafür vorhanden, daß der
Mann seine Vorlesungen über Integral- und
Differentialrechnung benutzt hätte, um etwa seinen
Zuhörern auch nur andeutungsweise sozialdemokratische
Gedanken darzulegen.“ Inzwischen aber ist Minister
Dr. Woffe glücklich dahin gelangt, aus dem Umfande,
daß die Zulassung des jungen Gelehrten zur Lehrt-
thätigkeit an der Universität in dem Wahrgang
und der Autorität des Königs erfolgt, zu folgern,
daß damit die aktive Zugehörigkeit zur Sozialdemo-
kratie ausgeschlossen sein müsse. Das ist natürlich
nur der erste Schritt. Denn was heute den Sozial-
demokraten billig ist, kann morgen einer anderen
„rechtsfeindlichen“ Partei gegenüber recht sein.
Prof. Paulsen, auf den sich Herr Rickert mit Recht
berief, obgleich derselbe nichts weniger als freisinnig
ist, nannte das den Einbruch der Parteipolitik in
die Wissenschaft. Man wird also nächstens die an-
gebenden Dozenten einem politischen Examen unter-
werfen müssen. Denn der Kultusminister erklärte
gegenüber dem Abg. Rickert, „es handelt sich um
eine große principielle Frage, nämlich die, ob es
vereinbar mit einander ist, daß ein öffentlicher
Lehrer an einer staatlichen Anstalt zu einer Partei
gehört, die ausgesprochener Maßen nach ihren
eigenen authentischen Erklärungen die Existenz dieses
Staates bestreitet, belumpft und ihn beseitigen will.“
Mit andern Worten: die bloße Zugehörigkeit zur
Sozialdemokratie schließt die Dozenten von der
Lehrthätigkeit selbst von Mathematik u. s. w. aus.
Das ist der erste Schritt zu einer Gefühns-
riederei, die selbst von dem Oberverwaltungsgericht
nicht gutgeheißen werden dürfte.

Die Vorgänge in Ostasien.

Zu den deutsch-chinesischen Verhand-
lungen über Kiaotschau geht Berliner

Blättern von einer Seite, die aus amtlichen
chinesischen Quellen zu schöpfen in der Lage ist,
eine Mitteilung zu, die wir hier unter Hinweis
auf die vorgelegte Reichstagsrede des Staatssecretärs
v. Bülow folgen lassen: Dem Abschlusse des
Uebereinkommens zwischen Deutschland und China
in Bezug auf die pachtweise Ueberlassung der
Kiaotschau-Bucht an Deutschland sind alsbald die
weiteren Verhandlungen zur Feststellung aller
Einzelheiten gefolgt. In der Hauptsache handelt
es sich hierbei um eine geeignete Abgrenzung
und Festlegung der Einflusssphäre des deutschen
Pachtgebietes, um die weitestmögliche Ausbarmachung
desselben nach dem Innern der Provinz Schantung
auf herzustellenden neuen Verkehrswegen,
welche von Deutschland durch die Anlage eines in
Rundkreis kombinirten Eisenbahnnetzes vorge-
schlagen sind, sowie um Anlage von Bergwerken
u. s. w. Für die Abgrenzung in dem Umkreise des
Pachtgebietes ist ein an letzteres anschließendes
Terrain bis zu sechs deutschen Quadratmeilen
zur Grundlage genommen. Ueber als notwendig
und praktisch erachtete Erweiterungen auch noch an
einzelnen Stellen im inneren Umkreise des Anschluß-
terrains, über Flußläufe und dergl., sowie über eine
zweckmäßige Abstimmung der neutralen Zone,
in einem Radius um die Bucht herum bis zu 50 km
zur Schaffung bequemer Grenzen, wird noch
verhandelt. Hierbei spielt auch der bedauerliche
Zwischenfall der Ermordung des Matrosen
Schulze eine Rolle, zumal es heißt, daß der Mord
innerhalb der — freilich nur ganz provisorisch
bestimmten — neutralen Zone begangen worden
sein soll. Hieraus ergibt sich die Erwägung, daß
ein Gebiet in der unmittelbaren Nähe des deutschen
Pachtgebietes, wo Angehörige der deutschen Be-
satzung der Lebensgefahr ausgesetzt sind, der
strengsten Ueberwachung bedarf. Ein abschließendes
Urtheil über den bedauerlichen Zwischenfall ist
insofern erst möglich, wenn alle Einzelheiten über
denselben klaglos und hier nach einiger Zeit
eingetroffen sein werden. Wohl den wichtigsten
Gegenstand der Verhandlungen bilden die Strecken
und Districte, durch welche die von China an
Deutschland zugehenden Anlage von Eisen-
bahnen geführt werden soll. Prinzipiell war an
Deutschland die Linie von Kiaotschau über das
nördlich gelegene Wei-hsien nach der Hauptstadt der
Provinz Schantung Tsinan-fu) und selbstverständlich
zurück nach Kiaotschau zugestanden worden. Damit
war das prinzipielle Zugeständniß einer zweiten
Linie von Tsinan-fu zurück nach Kiaotschau mit
inbegriffen, und angeblich verlangt demgemäß
Deutschland diese zweite Linie von Tsinan-fu in
dem Umkreise über das südlich gelegene Yen-tchow
und das weiter südlich gelegene Pi-tchow nach
Kiaotschau zu leiten, bezw. von China concessio-
nirt zu erhalten. Eine Einigung ist darüber bisher
nicht erzielt worden. Die Anlage von Bergwerken
für Kohlen ist u. a. auf den Strecken von Kiaot-
schau nach Wei-hsien, von Wei-hsien, nach Tsinan-fu
und in unmittelbarer Nähe von Pi-tchow geplant.
In der Nähe des letzteren Ortes sollen auch viele
Eisenerze vorhanden sein. Die Verhandlungen
bis zur Einigung über alle Einzelheiten dürften noch
eine Zeit lang dauern.

Politische Uebersicht.

Osterrrich-Ungarn. Ueber die neue
Sprachenverordnung, die Mitte Februar er-
lassen werden soll, hat der österreichische Minister-
präsident Conferenzen mit Vertretern der
Feudalen und der Jungtschechen gehabt. Der
Ministerpräsident beabsichtigte, auch die Vertreter
der deutsch-böhmischen Abgeordneten zu be-
rathen, diese lehnten aber auf eine vertrauliche An-
frage ab, indem sie darauf hinwiesen, daß sie ihren
Standpunkt zu der neuen, von dem Statthalter

Grafen Coudenhove skizzirten Sprachenverordnung
bereits im böhmischen Landtage klargestellt hätten.
Frankreich. Der Prozeß Jola in Paris
wird anscheinend noch mehrere Tage in Anspruch
nehmen, obwohl der Gerichtshof beschloffen hat,
daß dem Angeklagten nicht zu gehalten sei, alle
in dem Artikel Jolas enthaltenen Thatfachen zu
beweisen, Jola dürfe lediglich zum Beweise der-
jenigen Thatfachen zugelassen werden, welche in
seiner Vorladung angezogen seien. Dieser Beschluß
des Gerichtshofes ließ sich immerhin erwarten.
Größere Ueberraschung hat erregt die Weigerung
fast sämmtlicher an der Dreyfus-Affäre theilneh-
menden Offiziere, vor den Geschworenen zu erscheinen
und Zeugenaussagen zu machen. Das hat auch unter
den Gegnern Jolas Bestrebungen erregt und der
Vermuthung neue Nahrung gegeben, daß bei dem
militärischen Vorgehen gegen Dreyfus nicht alles in
Ordnung ist und das Verurtheilungssystem
fortgesetzt werden soll. Einzelne Blätter kritisiren
in scharfster Weise das Fernbleiben Willots, Bois-
despres, Merciers und du Paty de Clams von dem
Prozeß. Trotz aller militärischen und staatsanwalt-
lichen Combinationen werde man nicht verhindern
können, daß endlich Licht in die Affäre Dreyfus
komme und daß während des Prozeßes Jola die
Revision des Prozeßes Dreyfus vorbereitet werde.
— Es verlautet, der Deputirte Jaurès habe im
Zeugenszimmer erklärt, daß er über gewisse Vor-
kommnisse im Prozeß Jola in der Deputirtenkammer
interpelliren werde. — Von den Vorgängen in der
Montagsession sind noch folgende Einzelheiten
hervorzuheben: Beim Zeugenaufrufe wurde ein von
Frau de Boulangery, die bekanntlich in Beziehungen
zu dem Major Esterhazy gestanden hat, eingegangenes
Schreiben mitgetheilt, in dem sie sich entschuldigt,
daß sie keine Aussagen machen könne. Labord setzte
auseinander, warum er der Vernehmung dieser
Zeugin Wichtigkeit belege; Frau de Boulangery be-
sah an dem Ulanenbrief noch weitere Briefe. Er
legte dann die Verfolgungen dar, denen Frau
de Boulangery von Seiten des Majors Esterhazy
ausgesetzt sei; dieser habe sie mit dem Tode be-
droht für den Fall, daß sie die Briefe jemand
anderem als ihm aushändige; unter diesen Briefen
befänden sich, fügte Labord hinzu, solche, die
beleidigend für die Armees sind und die man noch
nicht kennt. Albert Clémenceau unterließ
den Antrag Laboris und verlangt, daß der Gesund-
heitszustand der Frau de Boulangery festgestellt werde.
In Betreff der Affäre u. Paty de Clam werden
folgende Einzelheiten berichtet: Du Paty de Clam
verkehrte im Jahre 1892 im Hause Comminges
und obgleich er über 30 Jahre älter war als das
15-jährige Fräulein de Comminges, entwickelte sich
zwischen beiden ein intimer Briefwechsel. Als Herr
de Comminges hiervon Kenntniß erhielt, forberte er
den Major du Paty energisch auf, die Briefe zu-
rückzugeben; derselbe gab auch alle Briefe
heraus bis auf einen, welcher, wie er erklärte, in
den Besitz einer Dame gelangt sei, die den Brief
gegen Zahlung von 500 Francs der Familie
Comminges zurückgeben wolle. Sie werde nachts
verschleiert am Cours-la-Reine in der Nähe des
Seine-Ufers erscheinen. Dieses geheimnißvolle
Rencontre fand statt; der Bruder des Fräulein
de Comminges erhielt den Brief. Du Paty de
Clam soll in der Nähe des Rencontre-Ortes ge-
sehen worden sein. Als kürzlich Oberstleutnant
Biquart in Tunis mit „Speranza“ unterschiebene
Droh- und Warnungsbriefe erhielt, erinnerte sich
die mit Biquart befreundete Familie de Comminges
daran, daß auch der Rencontre-Brief der ver-
schleierten Dame mit „Speranza“ unterzeichnet war.
Biquart ist nun der Ansicht, daß du Paty die
Abwendung der Drohpfeile veranlaßt hat, um
Esterhazy zu retten; ebenso, wie man glaubt, daß
du Paty hinter der verschleierten Dame steht, welche
Esterhazy ein aus dem Kriegsministerium entwendetes
geheimes Dokument übermittelte. Am Dienstag

wurde die Verhandlung um 12 Uhr 30 Min. wieder eröffnet. Der Präsident verlas ein Schreiben des Majors Esterhazy, in welchem dieser sich weigert, Auslagen vor Gericht zu machen. Die Verteidiger verlangen die zungangsweise Vorführung Esterhazys. Der Gerichtshof beschloß, entsprechend den Anträgen der Verteidigung, die Vorladung Weisbäckers, Merciers, Patys und Esterhazys. Der Präsident wies die Frage Labors zurück, betreffend das Verhalten Labors gelegentlich der Verhaftung Dreyfus. — Der Antrag zum Sitzungssaal war am Dienstag noch stärker als Tags vorher, es kam zu förmlichen Kämpfen um den Eintritt in den Saal. Als erster Zeuge wurde Frau Dreyfus vernommen. Als Labors Frau Dreyfus Fragen betreffs der Verhaftung ihres Mannes vorlegen will, um den guten Glauben Jolas zu zeigen, schritt ihm der Präsident das Wort ab, weil die Dreyfus-Affäre nicht hierher gehöre. Jola sprang auf: „Seit drei Wochen beweist man mich mit Schmutz, wirft mir die Fenster ein; ich verlange, das man mir das Recht einräumt, das man hier jedem Räuber und Mörder einräumt, das Recht, meine Ehre zu verteidigen.“ Das Gericht beschloß, Jola solle die Fragen, die er an Madame Dreyfus richten wolle, schriftlich formulieren. Die Sitzung wurde deshalb unterbrochen.

Griechenland. Die griechische Kammer wird im Laufe der ersten 14 Tage des Februar einberufen werden. Man hofft, bis dahin die Verhandlungen über die Anleihe zu Ende führen. — Die Ereignisse in Thessalien sind aufsteigend von untergeordneter Bedeutung; die Regierung hat Anweisungen in beruhigendem Sinne erteilt.

Deutschland.

Berlin, 9. Febr. Der Kaiser hatte im Laufe Dienstag Vormittag Besprechungen mit den Staatssekretären von Billow und hörte dann die Vorträge des Chefs des Civilcabinetts sowie des Majors a. D. Lenné. — Die Kaiserin Friedrich beging am Dienstag in stiller Zurückgezogenheit das Gedächtnis des Tages, an dem sie vor 40 Jahren an der Seite ihres Gemahls ihren Einzug in Berlin hielt. Sie empfing nur den Besuch des Kaisers und der Kaiserin. Die der Kaiserin Friedrich von den kaiserlichen Behörden gewidmete Adresse hat Rudolf Virchow zum Verfasser. Sie bejagt, daß Berlin sich zu der Wiederkehr des Tages beglückwünsche, an welchem die Kaiserin als die jugendliche Gemahlin des schon damals vom Volke innig geliebten Prinzen, nachmaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm bei uns einzog. Nicht Tage ungetriebener Güdies hatten die Fürstin erewart. Schweres Leid habe sie erdulden müssen. Aber nichts habe die Kaiserin verhindern können, unermüdet mitzuarbeiten an der geistigen und materiellen Wohlfahrt des Volkes.

— (Der Reichskanzler) Fürst von Hofenlohe ist von seiner letzten Erkrankung noch nicht völlig wieder hergestellt und wird noch einige Tage genötigt sein, das Zimmer zu hüten.

— (Die lippeche Thronfolgefrage) ist wieder in ein neues Stadium getreten. Um den Ansprüchen der Bückeburger auf die Thronfolge in Lippe ein Ende zu machen, hat beinahe das Ministerium des Fürstentums Lippe dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die Erbfolgsfähigkeit der Söhne des Grafenregenten, die von dem Schiedsgericht als ebenbürtig anerkannt worden sind, nun auch gesetzlich festlegen soll. Das Schaumburg-lippeche Ministerium richtete darauf an das lippeche Ministerium die Aufforderung, die Vorlage zurück zu ziehen, weil die Landesgesetzgebung nicht befugt sei, über Thronfolgestreitigkeiten zu entscheiden. Das lippeche Ministerium hat dieses Gesuch einfach abgelehnt, und infolge dessen hat sich das fürstlich Schaumburg-lippeche Ministerium auf Grund des Artikels 76 Absatz 1 der Verfassung des deutschen Reiches den Bundesrath um Erledigung dieses Streites zwischen zwei bundesstaatlichen Regierungen angewandt und beantragt, die fürstlich lippeche Regierung zur Zurückziehung des Thronfolge-Gesetzentwurfs zu veranlassen. Lippe stellt sich auf den Standpunkt, daß es sich nicht um einen „Streit“ mit Schaumburg, sondern um eine innere Angelegenheit des Fürstentums Lippe handle. Der Bundesrath hat nun nach dem Antrage Schaumburgs entschieden. Nach der „Lippe. Landesztg.“ hat der Bundesrath am 3. Februar beschlossen, dem lippechen Landtage auszugeben, die Verathung und Beschlußfassung über Thronfolge und Regentenschaftsgesetz vorläufig auszusetzen. — Daß der Bundesrath dem lippechen Landtage etwas „aufgegeben“ hat, ist jedenfalls unrichtig ausgedrückt. Wahrscheinlich ist der Rath gegeben worden, die Vorlage einstweilen zurückzustellen, bis der Antrag Lippes, der einem Anschluß des Bundesraths überwiegen wurde, erledigt worden ist.

— (Ueber einen eigenartigen „Hofge-

brauch“) wird der „Ming. Allgem. Ztg.“ aus Berlin geschrieben: Auffällig muß es erscheinen, daß noch immer daran festgehalten wird, die nicht-preussischen Herren und Damen aus den deutschen Einzelstaaten, die am Hofe hier vorgestellt werden, als „ausländische“ zu bezeichnen. Wahrscheinlich herrscht dieser Brauch auch an anderen deutschen Höfen und es mag schwierig sein, hierin eine Aenderung herbeizuführen, doch wird dieses sich mit der Zeit als notwendig herausstellen, wenn man nicht die Kritik des Auslandes heranzufordern und namentlich unsern Landsleuten, die außerhalb des Vaterlandes weilen, neuen Anlaß zu der Fragestellung bieten will, ob die deutschen Herren an den Landpartien, die in den Hofmarschallkassen in Gebrauch sind, anders lauten als auf den Karten, nach denen sich die alten Sterblichen richten. „Ausländer“ sollte der Bayer und der Württemberger in Preußen ebenso wenig sein, wie der Preuze in Bayern oder Württemberg. Nachdem man allen Contingenten der deutschen Wehrmacht die deutsche neben der Landesfarbe gegeben hat, dürfte es sich wohl empfehlen, auch der Hofe die Reichsgemeinschaft nach außen hin deutlicher zu markiren.

— (Von der Marine.) Aus Colombo meldet der Telegraph vom Dienstag: Der deutsche Kreuzer „Gefion“ ist eben, nachm. 3 Uhr 30 Min., in den Hafen eingelaufen. Die „Deutschland“ ist noch nicht in Sicht. Durch Cabinetts-ordre ist der Korvetten-Kapitän mit Oberstleutnants-Rang Truppel bis zum Eintreffen des Befehlshabers mit Wahrnehmung der Geschäfte des Befehlshabers in Klauschau beauftragt. — Der an Bord S. M. S. „Gonbor“ befindliche Maschinen-Hapke, aus Danabild gebürtig, ist in Taraco Salama auf der Jagd ertrunken.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 8. Februar.) Bei Beratung des Geses des auswärtigen Amtes im Reichstage hielten die Mitglieder eine Reihe von Fragen bezüglich Klauschaus. — Wortlaut des Vertrages, Umfang des Gebiets, die Bedingungen für die Entsetzungen und die chinesische Anleihe, welche Staatssecretär v. Billow so weit möglich — der Text des Vertrages liegt noch nicht vor — in entgegenkommender Weise beantwortete. Bei der Besprechung von Klauschau habe Deutschland in vollem Einklang mit England gehandelt, besten Interessen mit den ungenannten sich in keiner Weise frangen und dessen Vortheile in Ohrohen nie wirklich verfolgt, nirgend Mißtrauen, berechtigten Interessen Englands irgendwie entgegenzutreten. Ein Zusammenstoß mit England liege im Interesse des Culturfortschritts. Klauschau liege die beste Position, die wir finden konnten; die Regierung wolle die Mißstände im richtigen Verhältniß halten und wie die Maßnahme vorgehen mit dem Schutze in der einen und mit Hilfe und Sparten in der anderen Hand. Bezüglich der chinesischen Anleihe erklärte Staatssecretär v. Radowitz, Deutschland habe eine Garantie für die Anleihe nicht übernommen. Director Reichardt bemerkte bezüglich des russisch-deutschen Vertrages über die sibirische Bahn und deren Fortsetzung, bei der Ermöglichung der Fracht für russische Waaren handelt es sich nicht um die Concurrenz mit deutschen Waaren. Bebel behauptet, die Sozialdemokratie widerspreche der chinesischen Politik, weil dieselbe mit der inneren wirtschaftlichen Politik Deutschlands im Widerspruch stehe. Reichardt hielt in dem Vorgehen der Regierung einen Ausfluß Bismarckschen Geistes. Dieser kritisierte nachträglich die Rede des Prinzen Heinrich, die die religiösen Kreise verletz habe. Dr. Barth fragt, ob der Grundbesitz freie wirtschaftliche Concurrenz auf Klauschau Anwendung finde und wie es in Korea stehe. Staatssecretär v. Billow entgegnete, die Freiheitsstellung entspreche innerem Interesse am meisten; er möchte aber dem Ausland gegenüber sich nicht festlegen. Er erwiderte den bekannten Standpunkt Deutschlands gegenüber der Candidatur des Prinzen Georg. Nicht Jeder spiele daselbst Instrument im europäischen Concert, der eine die Trommel, der andere die Trompete oder die Baute. Deutschland spiele die Rolle diplomatischer Einwirkung. Was aus Korea werde, wisse Niemand. Wir sorgen nur dafür, daß der freieschwebende Handel nicht an deutschen Küsten brande. Einsehen Streitigkeiten, legen wir die Fäden auf den Tisch und verlassen den Concertsaal. Deutschland wolle auch Griechenlands Belles und empfinde ihm das; Reichardt bezog keine Schuld, dann wird das Abgeseh. Fortj. morgen.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 7. Februar.) Das Abgeordnetenhaus über wies heute eine Resolution über die Budgetcommission und wandte sich sodann der Verhandlung der von den freireformirten Abgeg. Haacke und Frey. v. Bethly gestellten Anträge zu, ob in der nächsten Zeit die von der Thronrede verheißene Neuregelung und Verbesserung des Dienstleistungsdes der Beamten zu erwarten sei. Der Cultusminister Dr. Hoffe erklärte sich für sofortigen Bescheidigung der Anträge, welche die den Weg. Haacke für gebührend wurde. Dann führte der Minister aus, daß erst vor acht Tagen die Kaiserliche Synode der geistlichen Grundzüge für eine Gehaltsverpflichtung zugestimmt habe, daß in dieser kurzen Zeit die allerhöchste Genehmigung zur Einbringung der Vorlage noch nicht eingeholt werden konnte, daß die Vorarbeiten aber mit der größten Beschleunigung fortgeführt würden und daß der Entwurf zu einer Aufbesserung der Gehälter der Beamten beider Veranlassung in der nächsten Zeit vorgelegt werden solle. Auf Antrag des Abg. a. D. v. Dehnbach (son.) wurde in die Verhandlung der Anträge eingetreten, in der Vertreter aller Parteien ihre Uebereinstimmung mit den Erklärungen des Ministers bekundeten, bis auf den Weg. v. Langemanns (freireformirte Volkspartei), der eine Verpflichtung des Staates zur Aufbesserung der Lage der Beamten nicht anerkennen konnte, vielmehr den Angehörigen der einzelnen Confectionen die Pflicht zwies, ihre Beamten auskömmlich zu belohnen. Dann legte das Haus die zweite Lesung des Zünftz-

etats fort. Vorschlägen um Besserstellung der Unterbeamten wurden der Regierung als Material überreicht. Beim Kapitel „Bündere Besondere“ reze Weg. Friedberg (son.) eingehende Regelung des Strohholzes an. Zünftzminister Schöndt erwiderte, daß nicht alle Vorschläge der Presse über den Strohholz richtig seien, und erklärte einzelne Fälle, so z. B. die als durchaus irrig erwiesene Behauptung, daß der Exzellenz Hof Meiners St. im Gesandtschaft als Strohholzer beschäftigt worden sei. Bezüglich des Strohholzes sei eine Verordnung erlassen, die sich an die vom Bundesrath getroffenen Bestimmungen anlehne. Im Uebrigen gab der Etat der Justizverwaltung zu erheblichen Erweiterungen nicht mehr Anlaß; nur ist noch hervorzuheben, daß der Minister auf Anfrage des Abg. Reichardt (son.) ankündete, im nächsten oder spätestens im übernächsten Etat werde eine Rate für den Neubau des Justizgebäudes in Magdeburg eingestellt werden, und daß er auf Anregung des Abg. Friedberg (son.) eine ähnliche Erklärung auch für Halle abgab. Das Haus ging dann über zum Etat der Bauverwaltung. Weg. Rohde (son.) bat, die Beschlüsse bei Wittenberg wegschaffen zu lassen, was durch die Uebernahme der Geschäfte auf die Provinz zu erreichen sei. Wittenberg sei in die Erfüllung dieses Wunsches zu, wenn die Provinz nur zur Uebernahme bereit sei. Der Abg. v. Langemann (son.) bemerkte die Höhe der Baukosten, die in verschiedenen Städten. Nach einer weiteren Erklärung wurde die weitere Verablung vertagt. — Morgen steht die Hochwasserlage und die Abänderung des Communalabgabengesetzes auf der Tagesordnung.

— In der Budgetcommission des Reichstages wurde am Dienstag die Verablung der Einnahmen an Zölle und Verbrauchsteuern fortgesetzt. Auf Anfrage des Staatssecretärs Graf Radowitz eine Darlegung über die Maßnahmen gegen die Verschleppung der San-José-Schiffslaus nach Deutschland, indem er sich eingehende Mittheilungen für das Museum vorbehielt. Auf Antrag wurde dem Wunsch Abdruck gegen einen Weltkrieg mit Amerika möglichst zu vermeiden. — Die Einnahmen aus der Tabak-, Zucker- und Salzsteuer wurden bemittelt. Die Verablungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

— Die Petition des Bauvereins „Nordost“ wegen Heranziehung der Gutsbezirke zu den Volksschullasten macht Schule. Zwei sächsische Abgeordnete Bartsch-Schmidt (son.) und Seydel (Hirschberg) haben im Abg.-Haus beantragt, die sächs. Staatsregierung aufzufordern, spätestens in der nächsten Session eine Uebersetzung der Verpflichtung zur Unterhaltung der öffentlichen Volksschule dahin herbeizuführen, daß gemäß Art. 25 der Verfassung dieser Verpflichtung allgemein den bürgerlichen Gemeinden und Gutsbezirken auferlegt wird. Am Vorabend der Neuwahlen ist dieses Vorgehen charakteristisch. Leider aber haben die Antragsteller unterlassen, sich auch die vorläufige Forderung des „Nordost“ anzueignen und die Regierung aufzufordern, den Beschluß des Staatsministeriums, wonach die Beiträge der Gutsbezirke aus der Staatskasse geleistet werden, zurückzunehmen. Dazu bedarf es noch nicht einmal eines Geheles.

Provinz und Umgegend.

† Weiskensfeld, 7. Febr. Die gewerbliche Fortbildungsschule wird nunmehr am 1. April bestimmt wieder ins Leben treten. Das Statut der Schule ist bereits ausgearbeitet und der königlichen Regierung zur Genehmigung unterbreitet. Zur Einrichtung einer Bibliothek für die Fortbildungsschule ist eine Ausgabe von 800 M. vorgezogen, und zwar sollen 500 Mark aus städtischen Mitteln entnommen werden und 100 M. hofft man vom Staate als Zuschuß zu erhalten.

† Erfurt, 6. Febr. Saß da jüngst ein wohlhabender Landwirth aus Roda bei Wilsleben hinter dem Bierstiel im Stabstamm zum Radtschloßen bei Erfurt und trank einen nach dem anderen. Es stellte sich ein Handelsmann aus Jöhrenhausen hinzu, und beide gingen in Lobeserhebungen bezüglich ihrer Pferde über. Während der Rodaer ein edles Roth im ungefähren Werthe von 800 Mark sein eigen nennt, ist die Könnante des Jöhrenhäuser sehr minderwerthig. Es kam zu lebhaften Wortwechsel, aus welchem herausklingt, daß die Parteien zum Abschluß eines Tauschgeschäfts geneigt seien. Scherzweise verlangte der Rodaer noch eine Baarzahlung von 50 Mark, mit welcher der Jöhrenhäuser sich einverstanden erklärte. Man schied, und der Rodaer dachte nicht mehr an den „Spaß“. Wie aber erfaunte der Mann, als am anderen Tage der Handelsmann in die Stube des Rodaer trat, 50 Mark auf den Tisch legte, auf den mitgedrachten Gaul zeigte und nun allen Ernstes das werthvolle Pferd verlangte. Der Landwirth wies das Anerbieten selbstverständlich zurück; doch der Jöhrenhäuser verstand keinen Scherz, indem er sich auf Zeugen berief, welche dem Pferdehandel beigegeben hatten. Kurz, das Ende des „Spaßes“ war dies: Der Landwirth zahlte dem Handelsmann eine Ueberwindungsumme von 100 Mark, und jeder beglückte sein Pferd.

† Jena, 6. Febr. Die hiesigen Maurer und Zimmerleute wollen am 1. März die Arbeit nieder-

Uebermorgen Ziehung! Metzger Dombau-Geldloose à 3 Mark 30 Pfg.
200000 Mark, 6261 Geldgewinne, Haupttreffer 50000, 20000, 10000 Mark u. s. w.
 I. O. O. S. E. à 3 Mark 30 Pfg. (Porto u. Liste 20 Pfg. extra) sind noch zu beziehen durch **F. A. Schrader, Haupt-Agentur, Hannover, Gr. Packhofstr. 29,**
 in Merseburg zu haben bei: **Richard Schurig, Kaufmann, Louis Zehender.**

Confirmanden-Anzüge
kauft man jetzt am billigsten
im Waaren-Ausverkauf
 wegen Fortzugs aus Merseburg
und gänzlicher Aufgabe des Geschäfts
in Merseburg, Rossmarkt 6.

Patriotischer Kreis-Verein (Ortsgruppe Merseburg). Versammlung
 Montag den 14. Februar er., abends 8 Uhr,
 im oberen Saale der „Reichskrone“.
 Tagesordnung:
 1) Geschäftliche Mittheilungen.
 2) Vortrag: „Unsere Kriegs-Marine“.
 Gäste sind willkommen.
 Der Vorstand der Ortsgruppe des patriotischen Kreis-Vereins.

Kirchliche Vereine der Altenburg, des Doms u. der Stadt
 Montag den 14. Februar, abends 8 Uhr, im „Zivoli“.

Gemeinsame Versammlung „Die Religion der Liebe in einer liebeleeren Welt“.
 (Referent: Pastor Werther).
 Gäste sind willkommen.

Jungfrauen-Versammlung
 Sonntag den 20. Februar, abends 8 Uhr, Rathshöfchen. M. P. v. d. Heyde.

Gewerbeverein
 Sonnabend den 12. Febr. 1898, abends 8 Uhr, im Herzog Christian.
 Tagesordnung:
 Rechnungslegung für 1897.
 Wahl des Rendanten.
 Das Innungs- u. Handwerkergesetz.
 Verbandstag in Weimar.
 Gäste sind willkommen.
 Der Vorstand.
 Donnerstag

Schlachtfest F. Dahn.

Badelt's Restauration.
 Morgen Freitag Schlachtfest.

Warnung!
 Das Schutt- und Ascheabladen an meinem Grundstück, Leunauer Str. 9, wird hiermit bei Strafe verboten. C. Elbe.
 Zulebste sind abzugeben
Futterrüben Lehrling.
 Für meine Bäckerei suche Oftern einen Lehrling.
 Ernst Schurig, Merseburg, Dom 5.

Ein ordentlicher, nüchternen Geschirrführer
 wird bei hohem Lohn sofort gesucht. Zu melden in der Exp. d. Bl.

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier!
Oswald Nier's Ungegypte!
 Kein K. Oemisch, kein Malz, keine sog. schwer. Weine etc., sondern seit 1876 laut Flist v. Bismarck's Worten: „Nationalgetränk“.
 Angenehm, leicht trinkbar und daher so sehr erquickend.
Naturweine aus Weintrauben
 v. 10 Pf. pro 1/2 L. an, sowie in 1/2 p. l. ab. Orig. Flaschen v. 1/2, 1/2, 1/2 L. f. Festlichkeit, Vereine, Krankenhäuser usw. hoh. Rabatt!
 57 Centralgesch. (41 in Berlin) und über 1000 Filialen in Deutschland
 Ausf. Preiscourant nebst Broschüre gratis und franco.
 Hauptgeschäft und BERLIN N., Lindenstr. 130.
 Versandabteilung No. 17
OSWALD NIER
 Meineige Hauptniederlage, Merseburg, bei St. Z. Stephan, Wein- u. Delikatessen, Fleischhändler, Altensburger Schulplatz 6.

Strümpfe
 werden neu und angefrischt in Wolle, Wigogne und Baumwolle von nur besser, waschbarer Qualität. **Anstrichen** kostet nur 20 Pf. für's Paar.
 Aufträge nehmen auch entgegen **J. G. Knauth & Sohn, Merseburg, Entenplan.**
L. A. Wehmann Nachf.,
 Inh. E. Müller, Corbeitha (Bahnhof).

Während des Neubaus verlegte mein Geschäft und Wohnung nach
Burgstraße Nr. 13.
 Empfehle gleichzeitig mein reichhaltiges Waarenlager.
Bestellungen nach Maas und Reparaturen
 werden wie bisher ausgeführt.
H. Liebe.

Landwirtschaftlicher Consumverein Merseburg
 E. G. m. b. H.
 Vermögensstand am 30. Juni 1897.

Activa.		Passiva.	
Gesellschafts-Bank-Ant.-Sto.	Mk. 800,-	Geschäfts-Anteil-Gonto	Mk. 11400,-
Centralen.-Ant.-Sto.	80,-	Gonto Corrent	91506,09
Gonto Corrent	61115,48	Creditores	583,60
Debitores	23600,-	Vertriebsrücklage	127,02
Spargelen-Gonto	Mk. 336,54	Darlehens-Gonto	14386,77
Utenstücken-Gonto	46,44	Reisereservend-Gonto	Mk. 686,80
Cassa Gonto	634,98		127,02
Waarenbestände	22169,62		813,82
	Mk. 118690,18		Mk. 118690,18

Merseburg, den 30. Juni 1897.
 Landwirtschaftlicher Consum-Verein Merseburg, E. G. m. b. H.
 Ferd. Rosch. P. Göhlisch.

Junge Leute,
 welche Eltern die Schule verlassen und die Welt gründlich erlernen wollen, finden noch freundlichste Aufnahme. Da ich selbst 12 Jahre Militärstudium war, so haben die Böglinge Gelegenheit, sich zum Militärstudium gründlich vorzubereiten.
 Ruffinstitüt Froberg i. Z.
 Busehner, Studieninspizitor.

Einen Lehrling
 sucht
G. Göthe, Fleischermeister.

Einen Lehrling
 sucht zu Oftern
Oscar Hübel, Bädermeister.

Maschinenhilfswerk und Eisenwerke
 gesucht.
Brandt & Baranski, Wacranstraße.

Gärtnerlehrling
 nach auswärts gesucht. Näheres bei
Paul Exner, Hofmarkt 12.

Schuhmacherlehrling
 sucht unter günstigen Bedingungen
Paul Exner, Hofmarkt 12.

Suche
 zum 1. April Gehilfe für unsere gewandte, tüchtige Köchin, die ihrer kranken Mutter wegen nach Hause muß. Böhne nicht im Hause. Aufwärterin, Stubenmädchen wird auch gehalten.
Frau Geheimrath Becker, Merseburg, Galleische Str. 16, 2. Etz.

Ein nicht zu junges Sindermäddchen
 wird zum 1. April nach außerhalb gesucht.
 Näheres
Wendiger Str. 3a.

Entlaufen
 ein großer graugelbter Hund mit Lederhalsband. Wiederbringer erhält gute Belohnung
Delgrube 12.

Suche zum 1. März ein ordentl., fleißiges Dienstmädchen
Frau Clara Schreiber, Burgstraße 5.

Nachruf!
 Am 7. d. M., morgens 3 1/2 Uhr, entschlief nach langen schweren Leiden im Elternhause zu Köslin unser Vereinsmitglied, College
Paul Gruchow,
 im 21. Lebensjahre.
 Durch die Betätigung seines Eifers in allen Vereinsangelegenheiten und seiner Freundlichkeit gegen jeden Kollegen hat er sich die Liebe aller Mitglieder erworben und sich in unserm Kreise ein dauerndes Andenken gesichert.
 Ruhe sanft!
 Merseburg, den 8. Febr. 1898
Buchdrucker-Verein Gutenberg Merseburg.

Siergu eine Beilage.

Volkswirtschaftliches.

Der in Berlin tagende Landwirtschaftsrath faßte am Dienstag eine Resolution, die im wesentlichen dahingehet, daß bei den Frachttarifen auf Wasserstraßen ausländische landwirtschaftliche Producte nicht gegen inländische bevorzugt werden; ferner eine Resolution, der Entwurf des Gesetzes betr. die anderweitige Festsetzung des Gesamtcontingents der Brennereien sei ein Mittel, das Brennereigewerbe als Nebengewerbe für die Landwirtschaft zu erhalten, aber vor weiterer Erhebung des Contingents bei Kleinbrennereien sei zu warten. Endlich wurde eine Resolution gefaßt, wonach die Zollfreie Einfuhr von Säcken zur Verpackung von Superphosphaten nicht zu empfehlen ist.

Am die polnische Karzellarionbank hat nach einer Mitteilung der „Köln. Zig.“ der deutsche Baron v. Bobeltzig sein 1800 Morgen großes Rittergut Nummer in Landkreis Pöhlen um 400 000 Mark verkauft. — Ob Herr v. Bobeltzig wohl zu den Galatisten gebört?

Provinz und Umgegend.

Halle, 8. Febr. Das Bad Neu-Wagocz bei Salzmünde, dessen Mineralwasser an Gehalt ganz dem des berühmten Bades Ragoczy in Ungarn entspricht, ist heute an hiesiger Vertriebsstelle öffentlich meistbietend verkauft worden bzw. dem Bestbieter der Zuschlag erteilt worden. Das so schon 2 Stunden von hier belegene Bad wurde für 54 010 M. Herrn Amtsrath Zimmermann, dessen Felder zum Theil im Areal des Bades liegen, zugeschlagen. Das Bad war in langjähriger Besiz des Herrn Dr. med. Steinbrück bzw. dessen Frau, über deren Vermögen der Concurs ausgeschrieben war. Ob das heilkraftige Bad als solches erhalten bleibt, steht noch dahin. — Ein 13 jähriges Mädchen von hier, das schwer krank an Gelenkrheumatismus darniederlag, sprang im Fieber in einem unbewachten Augenblicke aus dem Fenster der im 3. Stock belegenen elterlichen Wohnung auf die Straße herab. Das arme Geschöpf war sofort todt.

Halle, 8. Febr. In der Thürlinstraße des Grundstücks Nr. Klausstraße 2 starb gestern Abend gegen 6 1/2 Uhr eine unbekante Frau vom Lande plötzlich am Herzschlage. Die Dahingeshiedene hat sich, von einem Unwohlsein befallen, in die Mißte zurückgezogen und wurde hier so früh vom Tode ereilt. Die Persönlichkeit der Verstorbenen hat bisher noch nicht festgestellt werden können. Sie führte einen Tragkorb mit 2 neuen Kopfkissen und 1 Drillschleude mit sich. Der Trauring, den sie an der Rechten trug, hat innen die Buchstaben B. H. 4. 10. 87. Ihr Alter wird auf 40 Jahre taxirt. Vielleicht dienen diese Zeilen dazu, die Angehörigen der unbekanten Verstorbenen aufmerksam zu machen.

Halle, 8. Febr. Vom 1. April d. J. wird den Rückfahrkarten für den Verkehr zwischen Halle, Leipzig, Berlin, Frankfurt a. D., Breslau, Erfurt, Oera, Dessau, Jena, Weimar, Köslin, Stettin, Magdeburg und Dresden einerseits und Pader, Heilberg, Donauerschlingen, Karlsruhe, Porphelme, Bruchsal, Freiburg i. Br., Mühlheim, Rastatt und Mannheim andererseits wahlweise Benutzbarkeit für die Strecken über Frankfurt a. M. und über Sulz-Mittelsachsen-Würzburg-Mosbach beigelegt. Gleichzeitig werden die betreffenden Fahrpreise um je 20 Pf. erhöht.

Braunschweig, 7. Febr. Beim Abbruch eines Hauses stürzte heute Mittag plötzlich eine starke Mauer um und begrub den dahinter arbeitenden Maurer Fritz Quersurth unter ihren Trümmern. Dem Unglücklichen wurde dabei der Schädel zertrümmert, so daß der Tod sofort eintrat. Der Verstorbene ist Vater dreier Kinder.

Leipzig, 7. Febr. Der hiesige Thierärztliche Verein hat an den Papst und die Königin Margherita von Italien petitionirt, damit dem Vogelmassemen Einhalt gesehe. Nur die liebenswürdige Königin hat geantwortet, daß sie das Gesuch dem Ackerminister übergeben habe.

Helmstedt, 6. Febr. Eine Dienstmagd des Rittergutes Groß-Seibsch hat gefunden, daß sie am 8. Jan. ihr neugeborenes Kind unter dem Walschiffel verbrannt hat. Ein anderes Kind, das sie im vergangenen Jahre geboren, hat sie, wie sie ferner dem Untersuchungsrichter bekannt, in einen Düngersack gesteckt und vergraben.

Gardelegen, 7. Febr. Entgleist ist gestern Vormittag bei Solpke der hier 9 Uhr 30 Min. fällige Schnellzug 17. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt, auch die Beschädigungen des Eisenbahnmaterials sind nicht bedeutend. Die

Passagiere wurden durch den 17 Min. später folgenden Personenzug, der von Mißbe auf fahndem Geleise fuhr, weiterbefördert, während der Schnellzug den beschädigten Wagen auf hiesiger Station aussetzte. Hervorgehoben ist der Unfall dadurch, daß die Tragfedern des Gepädwagens im Schnellzug brach und den Wagen hierdurch zum Entgleisen brachte.

Weissenfels, 8. Febr. Bekanntlich lagt am 19. und 20. Juni d. J. in unserer Stadt der Abgeordnetentag des deutschen Kriegerverbandes, mit dem gleichzeitig das 25 jährige Bestehen des Bundes gefeiert werden soll. Zu gleicher Zeit wird auch der neugegründete Preussische Landeskriegerverband sich hier in Weissenfels definitiv constituiren und sind als Beratungskomitee der 17. und 18. Juni anzutreten. Die Stadt Weissenfels, in der vor 25 Jahren der deutsche Kriegerverband gegründet worden ist, wird also auch die Wiege des Preussischen Landesverbandes werden. Es sind in den genannten Tagen des Juni ca. 250 Delegirte aus allen Theilen des Reiches hier zu erwarten, darunter hohe und höchste Militärs. Am Sonntag den 20. Juni ist zu Ehren des Bundesjubiläums ein Bezirksfest in unserer Stadt in Aussicht genommen, das sicher eine große Zahl Kriegervereine von Nah und Fern hierherführen wird, denn der diesseitige Bezirk zählt allein ca. 12 000 Mitglieder. Die nöthigen Vorbereitungen zu diesen Juni-Tagen, die sich für unsere Stadt zu Festtagen gestalten werden, erfordern eine ganz gewaltige Arbeit, so daß bereits schon jetzt an die Bildung der einzelnen Commissionen gedacht werden muß. Zu diesem Zwecke waren gestern der engere Vorstand des diesseitigen Bezirks, der Gruppenvorstand und die Delegirten der hiesigen Kriegervereine im „Gold. Hirsch“ versammelt. Herr Bürgermeister Wadewitz, der ebenfalls zu dieser Vorbereitungs eingeladen war, übernahm den Vorsitz eines engeren Comitees, das demnächst die Umrisse eines Programms feststellen wird. Hierfür wird ein größeres Comitee resp. eine Anzahl Commissionen an die Einzelarbeiten herangetragen.

Lochau (Saalkreis), 7. Febr. Der Hechtfang, welcher um die Jetztzeit am lohnendsten ist und deshalb auch eifrig betrieben wird, ist in der weißen Elster geringer als sonst. Der Grund hierfür dürfte in der Zufuhr sächsischen Wassers zu suchen sein, wodurch das Elsterwasser verunreinigt wird und die Fische stromabwärts ihre Reviere verlassen. Greulicherweise hatten sich die Aale durch Einsetzen von junger Brut wieder etwas vermehrt; doch wie der Fang ausfallen wird, bleibt abzuwarten.

Greiz, 6. Febr. Während der Gastwirth Voigt in Heinrichshütte bei Wurzbach mit seiner jungen Frau auf der Jagdreviere war, brachen drei Diebe in seinen Weinstein ein und thaten sich glücklich. Die Vorriche für geistliche Getränke wurde ihnen aber zum Verhängnis; denn einer der Rumpkane vertheilte sich derartige Mengen Wein, Cognac und Campagner ein, daß er vom Schlag gerührt todt immiten der Fässer und Flaschen liegen blieb. Die beiden andern wurden am folgenden Tage verhaftet und dem Gefängnis zu Vohenstein übergeben. (S. 3.)

Börsteln, 8. Febr. Gestern erlegte der Guts- und Mühlenbesitzer D. Hof einen Seeadler in der Nähe der sogenannten Rippacher Weinberge. Das Thier hat nach dem W. Abl. ungefähr die Größe einer Gans und eine Flügelspannung von 1,86 m.

Localnachrichten.

Merseburg, den 10. Februar 1898.

Das Kriegsministerium hat in Bezug auf den 1900 beginnenden Freiwilligendienst der Lehrer folgende Bestimmungen erlassen: 1) Die Einstellung erfolgt am 1. April jedes Jahres. 2) Ein Recht auf die Wahl des Truppentheiles haben die Volksschullehrer nicht; die Vertheilung der Infanterie-Truppentheile befolgt das Generalkommando. 3) Die demselben Truppentheile (Bataillon) überwiesenen Lehrer sind grundsätzlich gemeinschaftlich unterzubringen. 4) Sie nehmen an der Rekrutenausbildung der Einjährig-Freiwilligen Theil und treten dann in die Compagnie. Sie sind, soweit sie sich nach ihrer militärischen Veranlagung und ihrem Dienstalter hierzu eignen, nach Anordnung der Regimentskommandeure zu Unteroffizieren der Reserve und Landwehr auszubilden. 5) Eine Verwendung derselben während ihrer activen Dienstzeit als Schreiber in den Büreaus ist ausgeschlossen. 6) Nach sechsmonatlicher Dienstzeit darf eine Beförderung derjenigen Volksschullehrer u. s. w., welche sich gut geführt und ausreichende Dienstkenntnisse erworben haben, zu überzähligen Offizieren stattfinden. 7) Wer

sich bei der Entlassung nach dem Urtheile der Vorgesetzten als Unteroffizier der Reserve eignet, ist als Unteroffiziersaspirant zu entlassen. In Fällen hervorragender Leistungen kann bei musterhafter Führung und Haltung eine Beförderung zum überzähligen Unteroffizier ausnahmsweise bei der Entlassung aus dem activen Dienste erfolgen. Im übrigen sind Beförderungen gelegentlich der Uebungen zulässig.

Der geschäftsführende Ausschuß des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen theilt den einzelnen Zweigvereinen mit, daß der Vorstand beim Oberpräsidenten eine Audienz erbeten hat, um wegen einer günstigeren Ausföhrung des Lehrerbeförderungsgesetzes vom 3. März v. J. vorstellig zu werden. Die Gehaltsfestsetzungen blieben in der Provinz Sachsen allemal hinter denjenigen der billigeren östlichen Provinzen zurück, und auf diese gefennzeichneter Thatsache soll die Deputation die Aufmerksamkeit des Oberpräsidenten zu lenken beabsichtigen.

Polizeiliche Bestrafung von Schulkindern. In einem Classe des Ministers des Innern, der durch die Regierungspräsidenten bekannt gegeben wird, wird hervorgehoben, daß es erwünscht ist, daß die Polizeibehörden von allen Strafverfügungen, die sie auf Grund des Gesetzes vom 23. April 1883 gegen Schüler oder Schülerinnen einer öffentlichen Lehranstalt erlassen, den Schulbehörden ungefähre Kenntniß zu geben. Die Polizeibehörden seien daher mit dementsprechender Anweisung zu versehen. Die Mittheilungen an die Schulbehörden seien, soweit es sich um Schüler höherer Lehranstalten handle, an die Anstaltsdirectoren und, wenn Schüler von Volksschulen in Frage kommen, an die Schul- und Kreis-Schulinspektoren zu richten.

Durch eine Unvorsichtigkeit fiel gestern auf hiesigem Neumarkt einem Weissenfeller Bierverleger beim Verladen von leeren Bierkrönnen eine solche vom Wagen herab und mit der Krante auf den rechten Fuß, wodurch mehrere Fehen desselben nicht unerheblich verletzt wurden.

In der Dämmerstunde machte gestern auf hiesigem Neumarkt ein Fuhrerpaar einen fahrerlosen und darum etwas eifrigem Spaziergang von der Pfarrstraße bis zur Neuhäuserstraße, wo ein Schuhmachermeister den Durchbrenner aufhielt. Unterwegs legte das Thier über einen Schulbahren und einen Kinderwagen hinweg; beim letzten Salto kam es durch Ausgleiten zum Sturz, stand aber sofort wieder auf und jagte weiter.

Wie wir nachträglich erfahren, hat das jüngste Schneewetter am letzten Sonntag noch zwei schwere Unfälle im Gefolge gehabt. In der Landshäcker Straße an den Giebertsträßchen Häusern glitt einer unserer ersten Kaufherren aus und zog sich durch einen schweren Fall einen Bruch des linken Unterarmes zu; bald danach stürzte auf der Halleischen Straße ein pensionirter höherer Beamter infolge Ausgleitens nieder und erlitt einen Oberarmbruch. Weniger erhebliche Verletzungen in Folge der Glätte auf den Straßen sind in den letzten Tagen vielfach vorgekommen und wir können nicht umhin, unser Bedauern darüber auszuspochen, daß die vom Altsche oder Sandstreuen Verpflichteten ihren Obliegenheiten so mangelhaft nachkommen. Unsere Creative wird sich unter diesen Umständen genöthigt sehen, künftighin schärfer auf die Ausführung dieser Vorschriften zu dringen.

Hiesigem Bahnhofe kam gestern früh gegen 8 Uhr eine Frau dadurch zu Schaden, daß sie beim Einsteigen in den Eisenbahnwagen ausglitt und so heftig zu Boden stürzte, daß sie von hülfbereiten Zeugen dieses Unfalles aufgehoben werden mußte. Die Frau hatte sich scheinbar schmerzhaft Verstauchungen zugezogen.

In der Reichstraße gingen am Dienstag und gestern wieder verschiedene Pferdegepanne durch, die das Vorüberfahren der Eisenbahnzüge auf der hohen Brücke nicht vertragen konnten. In einem Falle wurde hierbei auch die Wagenbeifsel zerbrochen.

Auf der Halleischen Straße brach gestern früh das rechte Vorderrad eines mit eisernen Trägern schwer belasteten Rollwagens zusammen. Ein anderes Rad mußte das Gefährt wieder stot machen.

Niesige Massen von Krähen wurden gestern früh beobachtet, die in unübersehbarer Lagen nach Norden flogen. — Sollte der Winter vorüber sein?

Aus den Kreisen Querfurt und Merseburg.

X. Körbisdorf, 9. Febr. Ein freudiges Fest beging am 8. d. unsere rühmlichst bekannte Zuckersabrik. Der Dekonomie-Director Herr Thiele, welcher sich um die Landwirtschaft auch für weitere Kreise sehr verdient gemacht hat, beging sein 25 jähriges Jubiläum als 1. Beamter der Fabrik. Aber auch um das Wohl seiner Arbeiter

Mark 30
Mark
Gr. Packhof
en
chäfte
6.
ge Ve
ie Schul
erleben
ahme. Da
um, so
sinitut
ner, Stad
n Vehr
G. Göhe
n Vehr
r Hüthe
loffer und
Brand & B
Wartmann
merlehel
gehört. Al
Exner, H
machereh
hien Bed
Exner, H
uche
Gehilf
Sollise
junges
Wahne
Wahne
angefest
überbr
Colleg
1. März
leichtig
Franz
Burgstr
achrufl
d. M.,
nach
Litho
reinsmit
Colleg
l Gruchow
absch
die Be
allen
seiner
den Col
er alle
und sich
ndes An
Ruh s
ung, den
cker-V
Morsbu
Hierz
eine

Merseburger Correspondent.

Er erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn-
und Feiertagen) früh 7^{1/2} Uhr.
Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:
Illustriertes Sonntagsblatt, Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementpreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger,
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

No. 34.

Donnerstag den 10. Februar.

1898.

Der Einbruch der Parteipolitik in die Wissenschaft.

* Der Kultusminister Dr. Vosse hat sich, ob
laudabiliter, kann man dahingestellt sein lassen,
unterworfen. Wenn bisher nicht in der Frage der
Anstellung von Professoren der Nationalökonomie,
so doch in derjenigen der Privatdozenten haben die
Herren v. Stumm u. Gen. ihn unter's Joch
gebeugt. In der vorigen Session war er noch nicht
ganz müde. Frh. v. Bellig hat ihm freilich
damals schon vorgehalten, daß das Oberverwaltungs-
gericht die Abhebung eines Amtsvorstehers gutgeheißen
habe, weil er für eine sozialdemokratische Ver-
sammlung ein über gehöriges Grundstück hergegeben
hat. Diese Entscheidung sei damit begründet: die
Sozialdemokratie sei eine Partei, welche anerkannter-
maßen ihre Bestrebungen gegen die Grundlage
des ganzen Staatswesens richte und welche, wenn
andere sie es für zweckmäßig und durchführbar er-
achtet, auch zur Durchführung ihrer Pläne vor der
Anwendung von Gewalt nicht zurückstehen würde.
Frh. v. Bellig meinte damals, wenn der höchste Gerichts-
hof sich über die Sozialdemokratie und die Zulässig-
keit einer Förderung ihrer Bestrebungen seitens auch
nur mittelbarer Beamten auszusprechen, dann sei es
unmöglich, daß Dr. Vosses Mitglied eines Lehr-
körpers einer königlichen Universität bleibe. Herr
Dr. Vosse meinte damals — es war am 4. Mai
1897 — die bloße Thatsache, daß ein Privat-
dozent, der der sozialdemokratischen Partei angehört,
Universitätsvorlesungen hält, hat etwas — ich will
einen ganz gelinden Ausdruck gebrauchen — be-
schränkendes. Gleichwohl dürfte man nicht außer
Acht lassen, worauf die Thätigkeit desselben sich be-
schränkt. Er liest — so steht es wörtlich im
biographischen Bericht — „zwei Collegien, das eine
„Anwendung der Differential- und Integralrechnung
auf physikalische und magnetische Maßmethoden“
und hat er einmal 5, einmal 6, einmal 8, einmal
10 Zuhörer gehabt. Nun, meine Herren ist auch
nicht der leiseste Anhalt dafür vorhanden, daß der
Mann seine Vorlesungen über Integral- und
Differentialrechnung benutzt hätte, um etwa seinen
Zuhörern auch nur andeutungsweise sozialdemokratische
Gedanken darzulegen.“ Inzwischen aber ist Minister
Dr. Vosse glücklich dahin gelangt, aus dem Umfange,
daß die Zulassung des jungen Gelehrten zur Lehrt-
thätigkeit an der Universität in dem Wahrscheinlichen
und der Autorität des Königs erfolgt, zu folgern,
daß damit die aktive Zugehörigkeit zur Sozialdemo-
kratie ausgeschlossen sein müsse. Das ist natürlich
nur der erste Schritt. Denn was heute den Sozial-
demokraten billig ist, kann morgen einer anderen
„reichsfeindlichen“ Partei gegenüber recht sein.
Prof. Paulsen, auf den sich Herr Rickert mit Recht
berief, obgleich derselbe nichts weniger als freisinnig
ist, nannte das den Einbruch der Parteipolitik in
die Wissenschaft. Man wird also nächstens die an-
gehenden Dozenten einem politischen Examen unter-
werfen müssen. Denn der Kultusminister erklärte
gegenüber dem Abg. Rickert, „es handelt sich um
eine große principielle Frage, nämlich die, ob es
vereinbar mit einander ist, daß ein öffentlicher
Lehrer an einer staatlichen Anstalt zu einer Partei
gehört, die ausgesprochener Maßen nach ihren
eigenen authentischen Erklärungen die Existenz dieses
Staates bestreitet, bekämpft und ihn beseitigen will.“
Mit andern Worten: die bloße Zugehörigkeit zur
Sozialdemokratie schließt die Dozenten von der
Lehrthätigkeit selbst von Mathematik u. s. w. aus.
Das ist der erste Schritt zu einer Gesinnungs-
reiner, die selbst von dem Oberverwaltungsgericht
nicht gutgeheißen werden dürfte.

Die Vorgänge in Ostasien.

Zu den deutsch-chinesischen Verhand-
lungen über Kiaotschau geht Berliner

Blättern von einer Seite, die aus amtlichen
chinesischen Quellen zu schöpfen in der Lage ist,
eine Mitteilung zu, die wir hier unter Hinweis
auf die vorgestrige Reichstagsrede des Staatssekretärs
v. Sälow folgen lassen: Dem Abschlusse des
Liebereinkommens zwischen Deutschland und China
in Bezug auf die nachweise Ueberlassung der
Kiaotschau-Bucht an Deutschland sind alsbald die
weiteren Verhandlungen zur Feststellung aller
Einzelheiten gefolgt. In der Hauptsache handelt
es sich hierbei um eine geeignete Abgrenzung
und Erstreckung der Einflusssphäre des deutschen
Pachtgebietes, um die weitestmögliche Ausbarmachung
desselben nach dem Innern der Provinz Schantung
auf herzustellen neuen Verkehrswege,
welche von Deutschland durch die Anlage eines in
Rundkreis kombinirten Eisenbahnnetzes vorge-
schlagen sind, sowie um Anlage von Bergwerken
u. s. w. Für die Abgrenzung in dem Umkreise des
Pachtgebietes ist ein an letzteres anschließendes
Terrain bis zu sechs deutschen Quadratmeilen
zur Grundlage genommen. Ueber als notwendig
und praktisch erachtete Erweiterungen auch noch an
einzelnen Stellen im inneren Umkreise des Anschlus-
serrains, über Flußläufe und dergl., sowie über eine
zweckmäßige Abstimmung der neutralen Zone, in
einem Radius um die Bucht herum bis zu 50 km
zur Schaffung bequemer Grenzen, wird noch
verhandelt. Hierbei spielt auch der bedauerliche
Zusammenstoß der Ermordung des Matrosen
Schulze eine Rolle, zumal es heißt, daß der Mord
innerhalb der — freilich nur ganz provisorisch
bestimmten — neutralen Zone begangen worden
sein soll. Hieraus ergibt sich die Erwägung, daß
ein Gebiet in der unmittelbaren Nähe des deutschen
Pachtgebietes, wo Angehörige der deutschen Be-
satzung der Lebensgefahr ausgesetzt sind, der
strengsten Ueberwachung bedürftig sein abschließendes
Urtheil über die Wichtigkeit beilege; Frau de Boulancy be-
sitzt anher dem Ulanenbrieft noch weitere Briefe. Er
legte dann die Verfolgungen dar, denen Frau
de Boulancy von Seiten des Majors Esterhazy
ausgesetzt sei; dieser habe sie mit dem Tode be-
droht für den Fall, daß sie die Briefe jemand
anderem als ihm aushändige; unter diesen Briefen
befänden sich, fügte Labort hinzu, solche, die
beleidigend für die Armeesind und die man noch
nicht kennt. Albert Clémenceau unterfügte
den Antrag Laboris und verlangt, daß der Gesund-
heitszustand der Frau de Boulancy festgestellt werde.
In Betreff der Affäre u. Paty de Clam werden
folgende Einzelheiten berichtet: Du Paty de Clam
verkehrte im Jahre 1892 im Hause Comminges
und obgleich er über 30 Jahre älter war als das
15jährige Fräulein de Comminges, entwickelte sich
zwischen beiden ein intimer Briefwechsel. Als Herr
de Comminges hiervon Kenntniß erhielt, forberte er
den Major du Paty energisch auf, die Briefe zu-
rückzuerstatten; derselbe gab auch alle Briefe
heraus bis auf einen, welcher, wie er erklärte, in
den Besitz einer Dame gelangt sei, die den Brief
gegen Zahlung von 500 Francs der Familie
Comminges zurückgeben wolle. Sie werde nachts
verschleiert am Cours-la-Reine in der Nähe des
Seine-Ufers erscheinen. Dieses geheimnißvolle
Rendezvous fand statt; der Bruder des Fräulein
de Comminges erhielt den Brief. Du Paty de
Clam soll in der Nähe des Rendezvous-Ortes
gesehen worden sein. Als kürzlich Oberstleutnant
Biquart in Tunis mit „Speranza“ unterschriebene
Droh- und Warnungsbriefe erhielt, erinnerte sich
die mit Biquart befreundete Familie de Comminges
daran, daß auch der Rendezvous-Brief der ver-
schleierte Dame mit „Speranza“ unterzeichnet war.
Biquart ist nun der Ansicht, daß Du Paty die
Abwendung der Drohbefehle veranlaßt hat, um
Esterhazy zu retten; ebenso, wie man glaubt, daß
Paty hinter der verschleierte Dame steht, welche
Esterhazy ein aus dem Kriegsministerium entwendetes
geheimes Dokument übermittelte. Am Dienstag

Politische Uebersicht.

Osterrösch-Ungarn. Ueber die neue
Sprachenverordnung, die Mitte Februar er-
lassen werden soll, hat der österreichische Minister-
präsident Conferenzen mit Vertretern der
Feudalen und der Jungtschechen gehabt. Der
Ministerpräsident beabsichtigte, auch die Vertreter
der deutsch-böhmischen Abgeordneten zu be-
rufen, diese lehnten aber auf eine vertrauliche An-
frage ab, indem sie darauf hinwiesen, daß sie ihren
Standpunkt zu der neuen, von dem Statthalter